

Information als Machtfaktor in den internationalen Beziehungen

von Andreas Wenger, Stephan Libiszewski und Patrik Schedler

Informatik und Telekommunikation bestimmen mehr und mehr unser Leben. Ob am Arbeitsplatz oder im privaten Bereich, der Computer und andere computergesteuerte Geräte sind allgegenwärtig. Die rasche Verbreitung von Rechnern und deren Verbindung untereinander in lokalen, regionalen und weltweiten Netzwerken hat in den entwickelten Staaten des Westens, aber auch in den Schwellenländern Ostasiens und Lateinamerikas, einen tiefgreifenden Wandel ausgelöst, der mit dem Begriff der „Informationsgesellschaft“ bezeichnet wird.¹ Die Dynamik wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entwicklungen in der Informationsgesellschaft wird durch die interaktive Gewinnung, Speicherung, Verarbeitung, Vermittlung, Verbreitung und Nutzung von Information und Wissen bestimmt. Daniel Bell, einer der frühen Theoretiker der Informationsgesellschaft, hat dies wie folgt auf den Punkt gebracht: „The crucial point about a post-industrial society is that knowledge and information become the strategic and transforming resources of the society, just as capital and labor have been the strategic and transforming resources of industrial society.“²

In der Informationsgesellschaft werden die Beherrschung der Informations- und Kommunikationstechnologien und der Einfluss über die Informationsinhalte zunehmend zu Quellen von politischer Macht, sowohl im innerstaatlichen wie im internationalen Kontext. Der amerikanische Politologe Joseph Nye und Admiral William Owens hielten bezüglich dem Wandel der Kriterien, welche die Machtverteilung in der internationalen Politik bestimmen, folgenden Grundsatz fest: „In assessing power in the information age, the importance of technology, education, and institutional flexibility has risen, whereas that of geography, population, and raw materials has fallen.“³

¹ Allgemein zur Informationsgesellschaft vgl. M. Bangemann et al.: Recommendations to the European Council: Europe and the Global Information Society. Brussels 1994. Europäische Kommission, Gruppe hochrangiger Experten für soziale und gesellschaftliche Aspekte der Informationsgesellschaft: Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Brüssel 1996. W. J. Martin. The Global Information Society. Brookfield 1995. Für die schweizerische Diskussion siehe: Groupe de Réflexion. Für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz. Bericht zuhanden des Schweizerischen Bundesrates. Bern 1997.

² D. Bell. Thinking Ahead. Harvard Business Review. May-June, 1979, S. 26.

³ J. S. Nye (Jr.) and W. A. Owens. America's Information Edge. Foreign Affairs 75 (2), 1996, S. 22.

Der Bedeutungswandel von Macht in den internationalen Beziehungen erklärt sich erstens aus der Tatsache, dass traditionelle Machtfaktoren wie militärische und ökonomische Stärke von der Informationsrevolution erfasst wurden und in verstärktem Masse von den neuen Technologien abhängen. Zweitens sind Information, Wissen und Kommunikation weiche Formen von Macht, die im Informationszeitalter an Bedeutung gewinnen. Drittens ist die Computervernetzung durch ihren raumüberwindenden Charakter eine zentrale Voraussetzung und Antriebskraft von wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Globalisierung. Durch den Aufbau transnationaler, nur schwer kontrollierbarer Netzwerke erwächst den Staaten Konkurrenz durch multinationale Wirtschaftsunternehmen, internationale Organisationen und Nicht-Regierungsorganisationen. Ein Teil der traditionellen staatlichen Souveränität im internationalen Verkehr geht verloren. Dafür wächst die Bedeutung der internationalen Kooperation.

Im Zentrum der folgenden Ausführungen steht der Wandel von Macht in der globalen Informationsgesellschaft. Dabei geht es primär darum, die Auswirkungen der Informationsrevolution auf alte und neue Formen von Macht darzulegen. Darüber hinaus sollen einige Folgen für die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik aufgezeigt werden. Der Schwerpunkt wird bewusst bei den *politischen* Auswirkungen der Informationsrevolution gesetzt. Der Beitrag will auf neue Einfluss- und Wirkungsfelder hinweisen, die sich dem entwickelten Kleinstaat in der globalen Informationsgesellschaft bieten. Die Autoren knüpfen in ihren Überlegungen an zwei Aufsätze von Joseph Nye, Robert Keohane und William Owens in der Zeitschrift *Foreign Affairs* an.⁴ Die dort vorgestellten Thesen wurden durch die Ergebnisse eines Forschungsprojektes im Rahmen des Nationalen Forschungsprogrammes (NFP) 42 erweitert und an schweizerische Verhältnisse angepasst.⁵

Ausgeklammert bleiben die engeren militärischen Anwendungen der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien sowie das veränderte Bedrohungsbild infolge der spezifischen Verwundbarkeit der Informationsgesellschaft. Diese beiden unter den Stichwörtern *Revolution in Military Affairs (RMA)* und *Information War* bekannten, vorwiegend technischen Debatten haben in der Schweiz wie im Ausland die Diskussion über die Auswirkungen der Informations-

4 J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. *Foreign Affairs* 75 (2), 1996, S. 20-36. R. O. Keohane und J. S. Nye (Jr.). Power and Interdependence in the Information Age. *Foreign Affairs* 77 (5), 1998, S. 81-94.

5 K. R. Spillmann, A. Wenger, S. Libiszewski und P. Schedler. Die Rückwirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik. Syntheseberichte des NFP 42, Bern 1999. Vgl: A. Wenger und Th. Köppel. Die Auswirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik: Chancen und Risiken. In: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik, 1995, S. 64-88.

revolution auf die internationalen Beziehungen dominiert. Für sie sei auf eine bereits umfangreiche Literatur hingewiesen.⁶

1. Macht im internationalen System – einige Begriffsklärungen

„Was für die Rechtswissenschaft die Norm und für die Volkswirtschaftslehre der Nutzen ist für die Politische Wissenschaft der Begriff Macht,“ heisst es in einem geflügelten Wort von Gottfried-Karl Kindermann.⁷ Macht ist eine Grundkategorie des Politischen, sozusagen das „Zahlungsmittel“ (Karl Deutsch) in den Beziehungen zwischen politischen Akteuren, insbesondere in der internationalen Politik.⁸ Doch woraus besteht Macht?

Keohane und Nye treffen eine erste grundsätzliche Unterscheidung zwischen Macht innerhalb einer Beziehung von zwei oder mehreren Akteuren wie z.B. Staaten (*behavioral power*) einerseits und struktureller Macht (*resource power*) andererseits.⁹ Erstere Bedeutung meint in Anlehnung an den Machtbegriff Max Webers die Fähigkeit, innerhalb einer sozialen Beziehung gewünschte Ergebnisse zu erzielen, gleichwohl worauf diese Chance beruht.¹⁰ Strukturelle Macht meint hingegen Besitz von Ressourcen, die dazu befähigen, gegenüber anderen den eigenen Willen durchzusetzen. Dazu zählten bisher die Grösse des Territoriums und der Bevölkerung, die Ausstattung mit natürlichen Ressourcen sowie das militärische und ökonomische Potential. Rangordnungen nach der Machtfülle von Staaten im internationalen System und Begriffe wie „Supermacht,“ „Mittelmächte“ oder „Kleinststaaten“ beziehen sich auf diesen strukturellen Machtbegriff. Dieser wird

⁶ Vgl. u.a. J. Arquilla und D. F. Ronfeldt. *Cyberwar is coming!* RAND. Santa Monica 1993. D. Ronfeldt und J. Arquilla. In *Athena's Camp: Preparing for Conflict in the Information Age*. RAND. Santa Monica 1997. M. Libicki. *What is Information Warfare?* Washington, DC, 1995. E. A. Cohen. *A Revolution in Warfare*. *Foreign Affairs* 75 (2), 1996, S. 37-54. L. Freedman. *The Revolution in Strategic Affairs*. Adelphi Paper (318), 1998. R. L. Pfaltzgraff (Jr.), R. H. Shultz (Jr.), (Hg.). *War in the Information Age*. Washington, London 1997; sowie die vom Center for Strategic & International Studies CSIS veröffentlichten Sammelbände: S. J. D. Schwartzstein (Hg.). *The Information Revolution and National Security: Dimensions and Directions*. Washington, DC, 1996. C. R. Henry und C. E. Peartree. *Information Revolution and International Security*. Washington, DC, 1998. In der Schweiz wurde die Debatte im Bericht der Studienkommission für strategische Fragen (Bericht Brunner) im Rahmen der Strategischen Führungsübung 1997 (L. Carrel. Bericht des Projektleiters über die SFU 97 zuhanden des Bundesrates, Bern 1998) sowie in einigen wissenschaftlichen Publikationen (Beitragssammlung in der ASMZ Nr. 12, Dezember 1997 sowie R. Sibilia. *Informationskriegführung. Eine schweizerische Sicht*. Schriften des Institutes für militärische Sicherheitstechnik an der ETH Zürich. Zürich 1997) aufgenommen.

⁷ G.-K. Kindermann. *Grundelemente der Weltpolitik. Eine Einführung*. München 1981. Hier zitiert nach U. Albrecht. *Internationale Politik*. Oldenburg 1986, S. 30.

⁸ K.W. Deutsch. *Politische Kybernetik. Modelle und Perspektiven*. Freiburg 1970.

⁹ R. O. Keohane und J. S. Nye (Jr.). *Power and Interdependence in the Information Age*. *Foreign Affairs* 77 (5), 1998, S. 86f.

¹⁰ M. Weber. *Wirtschaft und Gesellschaft*. Tübingen 1972.

nach wie vor stark durch die traditionellen Machtfaktoren definiert. Mit der Informationsrevolution wird jedoch auch die Beherrschung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien und der Einfluss über die Informationsinhalte zu einer strukturellen Machtressource.

Hard power und soft power

Eine zweite Unterscheidung wird innerhalb von sozialen Machtbeziehungen zwischen harten und weichen Formen von Macht getroffen. *Hard power* ist demnach die Ausübung von Macht durch Zwangsmassnahmen militärischer oder ökonomischer Art. *Soft power* hingegen ist definiert als „the ability to achieve desired outcomes in international affairs through attraction rather than coercion.“¹¹ Sie basiert auf der Anziehungskraft der eigenen Werte und der eigenen Kultur sowie auf der Fähigkeit, die Agenda der internationalen Politik zu beeinflussen. *Soft power* hängt zu einem grossen Teil von der Fähigkeit zur Kommunikation und von der Überzeugungskraft der Informationsinhalte eines Akteurs ab.

Soft power und *hard power* hängen zusammen. Materielle Stärke und Überlegenheit können die Anziehungskraft einer Kultur oder Ideologie zweifellos vergrössern. Ebenso kann ein ökonomischer oder militärischer Misserfolg zu Selbstzweifel führen. Doch weiche Macht rührt nicht allein von harter Macht her. Sie hat eigene Wurzeln, die auf der Glaubwürdigkeit der eigenen Position und der Fähigkeit, diese zu vermitteln, basieren. Anders wäre die Bedeutung des Vatikans in der internationalen Politik ebenso wenig zu erklären wie der – gemessen an ihrer militärischen und ökonomischen Stärke – überproportional grosse Einfluss von Staaten wie Kanada, Schweden oder den Niederlanden auf das internationale Geschehen. Die ostentative Demonstration militärischer Stärke kann wiederum zu einer Zerstörung von Glaubwürdigkeit und internationalem politischem Einfluss führen.¹² Dies widerfuhr der Sowjetunion, als sie in der Nachkriegszeit in Ungarn und der Tschechoslowakei intervenierte und damit ihren Einfluss auf die westeuropäische Linke weitgehend verspielte. Ähnliches lässt sich von den USA sagen, die den Vietnamkrieg trotz militärischer Überlegenheit an der „weichen“ Front der innenpolitischen und weltweiten Öffentlichkeit verloren.

¹¹ J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. *Foreign Affairs* 75 (2), 1996, S. 21.

¹² R. O. Keohane und J. S. Nye (Jr.). Power and Interdependence in the Information Age. *Foreign Affairs* 77 (5), 1998, S. 86.

2. Macht und Informationsrevolution

Keohane und Nye betonen zu Recht, dass Informationsrevolution und Globalisierung das System territorialer Nationalstaaten vorderhand nicht beseitigen, ebensowenig wie sie die gegenwärtigen Machtbeziehungen und -strukturen völlig umwälzen werden.¹³ Die Informationsrevolution findet nicht in einem politischen Vakuum statt, sondern in einer Welt, die durch Territorialstaaten besetzt ist. Diese besitzen eine beträchtliche Resistenz gegenüber Veränderungen. Auf der globalen Ebene ist nicht zuletzt daher keine radikale Umwälzung der internationalen Machtbeziehungen zu erwarten, weil die Informationsrevolution die grossen und machtvollen Staaten zuerst erfasste. Zudem sind weite Teile der Entwicklungsländer bisher von der Informationsrevolution nicht oder nur am Rande erfasst worden.¹⁴ Namentlich der Status der USA als einzige Supermacht ist nicht in Gefahr, sondern wird aufgrund ihrer Führung im Bereich der elektronischen Medien und der Produktion von Informationsinhalten im angehenden dritten Jahrtausend erst recht zementiert werden.¹⁵

Im 21. Jahrhundert werden sich die Beherrschung der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie die Befähigung zur Bestimmung der Informationsinhalte zu den wichtigsten Machtfaktoren in den internationalen Beziehungen entwickeln. Dies allein rechtfertigt eine differenzierte Untersuchung der Auswirkungen der Informationsrevolution auf die Machtbeziehungen im internationalen System, die sich nicht nur auf Machtverschiebungen zwischen den Grossmächten konzentriert, sondern auch neue Machtchancen für kleinere Staaten identifiziert.

Auswirkungen der Informationsrevolution auf den Bereich der hard power

Die Informationsrevolution hat im militärischen Bereich in den USA und mit einiger Verspätung auch in den anderen OECD-Staaten zu einem radikalen Wandel geführt. Militärische Operationen sind im Informationszeitalter auf der operativen und strategischen Ebene bestimmt durch umfassende, vernetzte Strukturen. Integrierte Informations- und Führungssysteme (sog. C3I-Systeme) erhöhen die Transparenz des Gefechtsfeldes (*battlefield awareness*) und ermöglichen dadurch eine synchrone Koordination von geographisch weit voneinander entfernten Prozessen. *Knowledge-* oder *intelligence-based combat*, wie diese neuen operativen Konzepte

¹³ Zu einer gegenteiligen Einschätzung kommen: J. Habermas. Die Einbeziehung des Anderen. Studien zur politischen Theorie. Frankfurt/Main 1996, S. 130. J.-M. Guéhenno. Das Ende der Demokratie. München 1994.

¹⁴ D. Ruloff. Globalisierung – eine Standortbestimmung. Zürich, Chur 1998, S. 18f.

¹⁵ J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. Foreign Affairs 75 (2), 1996, S. 21

heissen, führen zu einer Effizienzsteigerung der Kräfte durch Vernetzung. Die Aufklärung, Überwachung, elektronische Steuerung und die Integration von Systemen gewinnen in diesem Kriegsbild gegenüber den klassischen Faktoren Raum, Zeit und Kräfte an Gewicht und erlangen kriegsentscheidende Bedeutung.¹⁶

Nebst der im engeren Sinne militärischen Bedeutung dieses Wandels sind dessen politischen Auswirkungen wichtig. Nach dem Ende des Kalten Krieges ist ein umfassender militärischer Schlagabtausch zwischen den Nuklearmächten unwahrscheinlich geworden. Im Zentrum internationaler Krisen stehen heute Konflikte zwischen Staatengruppen und einzelnen Staaten, die sich dem Völkerrecht widersetzen (wie beispielsweise der Irak), Bürgerkriege und ethnische Konflikte sowie damit zusammenhängende humanitäre und ökologische Katastrophen. Wenn der Faktor Information entscheidend für den Erfolg militärischer Operationen ist, dann wird im Rahmen von internationalen Bündnissen und Koalitionen nicht mehr nur die Überlegenheit im Bereich der Kräfte und der politische Wille zur militärischen Intervention, sondern auch die Überlegenheit bei der Informationsbeschaffung und -verarbeitung über die Führungsfähigkeit entscheiden. In den Worten von Nye und Owens: „Now the central issue is ambiguity about the type and degree of threat, and the basis for cooperation is the capacity to clarify and cut through that ambiguity. ... Accurate, real-time, situational awareness is the key to reaching agreement within coalitions on what to do and is essential to the effective use of military forces, whatever their roles and missions.“¹⁷

Die USA sind zur Zeit die einzige Macht, die über ein weltumspannendes satellitengestütztes Aufklärungssystem verfügt, das in der Lage ist, von jedem Ort der Welt aktuelle Informationen zu liefern und sie in Echtzeit in bestehende andere Daten zu integrieren. Sie allein sind damit befähigt, bei Kriseninterventionen ihrer eigenen Armee den Streitkräften verbündeter Staaten oder den Truppenverbänden internationaler Organisationen umfassende militärische *situational awareness* zur Verfügung zu stellen. Dies zeigt sich zur Zeit auf dem Balkan, wo die multinationalen militärischen Einheiten zur Stabilisierung des Friedens (SFOR) zum grössten Teil mit amerikanischen Aufklärungsdaten und anderen nachrichtendienstlichen Informationen versorgt werden.

Durch diese Überlegenheit im Sektor der nachrichtendienstlichen Information

¹⁶ J. R. Cooper. Another View of Information Warfare: Conflict in the Information Age. 1996. In: St. J. D. Schwartzstein. The Information Revolution and National Security. Dimensions and Directions. Washington, DC, 1996, S. 109-131. N. C. Davis. An Information-Based Revolution in Military Affairs. Strategic Review, 24, 1996, S. 43-53.

¹⁷ J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. Foreign Affairs 75 (2), 1996, S. 26 und 27.

und der elektronischen Führungs- und Kontrollsysteme werden die USA ihre Führungsrolle in Bündnissen und internationalen Koalitionen auch in Zukunft behaupten können. Sie werden weiterhin als natürliche Führungsmacht angesehen werden, ohne die keine militärischen Kriseninterventionen möglich sind. Die Funktion, die für die westeuropäischen Verbündeten früher der amerikanische Nuklearschirm innehatte, wird auf diese Weise in zunehmendem Masse vom *information umbrella* übernommen werden.¹⁸

Natürlich bleibt damit jede europäische Sicherheitspolitik im Bereich der *hard power* stark von den USA abhängig. Eine Alternative ist langfristig nur denkbar, falls sich die europäischen Staaten im Rahmen der EU tatsächlich auf eine gemeinsame Verteidigungspolitik einigen und ihre nationalen Ressourcen im Sektor der Aufklärung und Nachrichtenbeschaffung schrittweise integrieren. Allerdings wären dazu massive Zusatzinvestitionen nötig. Wird ein von den USA unabhängiges Machtpotential der europäischen Staaten im Bereich der *hard power* in absehbarer Zukunft eng begrenzt bleiben, verfügt Europa im Bereich der an Bedeutung zunehmenden *soft power* durchaus über komparative Vorteile, die gezielt zum Einsatz gebracht werden sollten.

Auswirkungen der Informationsrevolution auf den Bereich der soft power

Das Ende des Kalten Krieges und die ökonomische Globalisierung haben zumindest im OECD-Raum zu einer Gewichtsverschiebung zwischen harten und weichen Elementen von Macht geführt. Einerseits sind Kriege zwischen europäischen Staaten unwahrscheinlich geworden und machtpolitische Gefahren geographisch in die Ferne gerückt. Andererseits haben in der Informationsgesellschaft Technologie, Information, Bildung und institutionelle Flexibilität die traditionellen Faktoren Raum, Arbeitskräfte und Rohstoffe als strategische Ressourcen abgelöst.

In diesem neuen Umfeld werden die Machtbeziehungen nicht mehr in erster Linie durch militärische Stärke, territoriale Grösse und Bevölkerungszahl bestimmt. Kooperative Verhaltensweisen und die Regelung von Konflikten im Rahmen internationaler Regime und Institutionen sind die Regel. Als Faktoren politischer Macht treten neben den wirtschaftlichen Erfolg und die individuelle Leistungsbereitschaft verstärkt weiche Faktoren wie kulturelle und politische Ausstrahlung, Glaubwürdigkeit und Argumentationskraft. Das militärische Gewicht tritt in den direkten Beziehungen zwischen den OECD-Staaten in den

¹⁸ J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. Foreign Affairs 75 (2), 1996, S. 25ff.

Hintergrund. Es bleibt aber in den übrigen Teilen der Welt, insbesondere in den Krisenregionen, von Bedeutung.

Durch diese Verschiebung in den Konnotationen von Macht in der internationalen Politik entstehen neue Spielräume für die Diplomatie im klassischen Sinne des Wortes, nämlich das Führen von internationalen Beziehungen mit friedlichen Mitteln. Allerdings erwächst der staatlichen Souveränität in der Aussenpolitik durch den Aufbau transnationaler, nur schwer kontrollierbarer Netzwerke neue Konkurrenz. Die internationalen Beziehungen werden neben den staatlichen Akteuren von einem immer dichter werdenden Geflecht nicht-staatlicher Akteure (internationale Organisationen, transnationale Unternehmen, NGOs) bestimmt. Die Diplomatie verliert mehr und mehr den Charakter eines geschlossenen und stark codierten Systems von Austausch und Bewertung offizieller Noten und Demarchen. Staatliches Verhalten muss sich zunehmend gegenüber einer im Entstehen begriffenen Welt-Zivilgesellschaft¹⁹ rechtfertigen und legitimieren. Immer wichtiger wird dabei die Ausnutzung offener Informations- und Kommunikationsmittel, die erst eine Verstärkung des Dialogs mit den verschiedenen Öffentlichkeiten, den eigenen Regierungsstellen und Vertretern anderer staatlicher und nichtstaatlicher Akteure möglich macht.²⁰

Information und Kommunikation werden im Rahmen der steigenden Bedeutung von *soft power* zu strategischen Faktoren, sie sind jedoch nicht per se eine Quelle von Macht. Im Zeitalter der elektronischen Medien ist öffentliche Information nämlich kein knappes Gut. Sie zu verbreiten ist einfach und billig geworden, es gibt Information im Überfluss. Knapp ist hingegen die Aufmerksamkeit, die den riesigen Informationsmengen entgegengebracht wird.²¹ Im Gegensatz zu früher liegt das Hauptproblem heute also nicht mehr in der Beschaffung und Verbreitung, sondern in der Filterung und Reduktion von Information. Unter den Bedingungen eines freien Informationsflusses, wie sie etwa durch das Internet gegeben sind, besitzen Macht nicht diejenigen, welche die Information produzieren und publizieren, sondern diejenigen, welche die Fähigkeit haben, das Interesse der anderen darauf zu lenken.

Glaubwürdigkeit ist die kritische Ressource zur Herstellung von Aufmerksamkeit in der Informationsgesellschaft. Glaubwürdigkeit wird dann ver-

¹⁹ U. Beck. Was ist Globalisierung? Irrtümer des Globalismus – Antworten auf Globalisierung. Frankfurt/Main 1997.

²⁰ J. Kurbalija. Information Technology and Diplomacy. Background Paper. Mediterranean Academy of Diplomatic Studies at the University of Malta. Malta 1997.

²¹ F. Rötzer. Aufmerksamkeit als Rohstoff der Informationsgesellschaft. Ms. 1997 (URL: <http://www.uni-wh.de/de/wiwi/virtwirt/produkt/roetzer.htm>).

mittelt, wenn ein Ruf aufgebaut wird, dass die Informationen, die man anbietet, relevant und richtig sind. Mit anderen Worten: *Soft power* besitzt in der Informationsgesellschaft, wer die Definitionsmacht darüber hat, was als relevant, richtig und erstrebenswert gilt. Politische Kämpfe im Bereich der *soft power* werden sich in Zukunft daher weniger an der Kontrolle über die Informationsmedien entfachen – im Kalten Krieg bekämpften sich Ost und West noch mittels der Störung von Radio- und Fernsehsendern –, sondern an der Herstellung und Zerstörung von Glaubwürdigkeit.²²

Die Schweiz musste in jüngster Zeit in diesem Bereich schmerzhaft Erfahrungen im Zusammenhang mit der Diskussion über die nachrichtenlosen Vermögen aus dem Zweiten Weltkrieg machen. Tatsächlich vorhandene Schattenseiten der schweizerischen Neutralitätspolitik während des Krieges und deren ausgebliebene Aufarbeitung in der Nachkriegszeit konnten durch jüdische Organisationen und einzelne Politiker in den USA ausgenutzt werden, um die Glaubwürdigkeit der schweizerischen Aussenpolitik als Ganzes anzugreifen und schliesslich unverhältnismässige Geldforderungen durchzusetzen. Letztlich spielte es keine Rolle, ob einzelne Informationen, die in diesem Zusammenhang in Umlauf gesetzt wurden, wahr oder falsch waren. Vielmehr war entscheidend, dass durch das zum Teil unsensible Verhalten der Banken gegenüber den Holocaust-Opfern in der unmittelbaren Nachkriegszeit und durch das schweizerische Unvermögen, gleich zu Beginn der Krise Selbstkritik zu üben und umgehend zu einer kooperativen Lösung Hand zu bieten, die Glaubwürdigkeit der Schweiz in Frage gestellt wurde. Die Definitionsmacht über das, was zur Entschädigung der Opfer und ihrer Nachkommen gerecht und gerechtfertigt war, ging so an die Gegenseite über. Diese wusste sie durch eine geschickte Medienkampagne sowie durch die Androhung von Boykotten und Sanktionen gegen die schweizerische Wirtschaft in ihrem Sinne auszunutzen.²³

Bestimmungsfaktoren von soft power in der Informationsgesellschaft

Die Medien und die Kulturindustrie spielen beim Aufbau und der Ausübung von *soft power* in der Informationsgesellschaft zweifelsohne eine zentrale Rolle. Die Dominanz amerikanischer Unternehmen im Bereich der Film- und Unterhaltungsindustrie und der weltumspannenden Fernsehanstalten sowie die

22 R. O. Keohane und J. S. Nye (Jr.). Power and Interdependence in the Information Age. Foreign Affairs 77 (5), 1998, S. 81-90.

23 A. Wenger und J. A. Fanzun. Schweiz in der Krise – Krisenfall Schweiz. In: Bulletin zur schweizerischen Sicherheitspolitik 1997/98. S. 13ff. R. Kley. Der Schweiz fehlt es an Krisenerfahrung. Tages Anzeiger, 30.6. 1997.

faktische Rolle des Englischen als *Lingua franca* in den internationalen Beziehungen verleihen den USA auch hier Vorteile gegenüber anderen Staaten. Die Verbreitung des Internets wird allerdings die Struktur und die Funktionsweisen der Öffentlichkeiten und der Welt-Zivilgesellschaft verändern. Fernsehen und Radio sind Einweg-Medien, die Informationen von einem Sender zu vielen Empfängern übertragen, ohne die Möglichkeit eines Rückkanals. Im Internet werden Informationen hingegen nicht wahllos über den Äther an eine breite Masse von Empfängern gesendet (*broadcasting*), sondern sie müssen von den Empfängern aktiv angefordert werden. Dies lässt eine stärkere Segmentierung der Informationsquellen und deren Zuschnitt auf spezielle Empfängergruppen zu (*narrow-casting*). Wichtiger noch, das Internet ist als Netzstruktur aufgebaut, die zwischen allen teilnehmenden Kommunikationskanälen in beide Richtungen zur Verfügung steht und deshalb im Gegensatz zu den herkömmlichen Massenmedien Interaktion ermöglicht.²⁴

Sicherlich werden bei der Konkurrenz um die Erweckung von Aufmerksamkeit auf dem Internet etablierte grosse Medienkonzerne im Vorteil sein, weil sie bereits über zahlreiche Kundenbindungen und vielfältige Werbekanäle verfügen. Dies gilt vor allem für den Bereich der breiten Unterhaltungsindustrie. Offener dürfte die Situation hingegen bei Fachinformationsdiensten sein, die sich an spezifische Gruppen richten, sowie bei der öffentlichen politischen Information und Kommunikation. Bei diesen spielen Qualität bzw. die Ausrichtung auf spezifische Gruppenbedürfnisse eine grössere Bedeutung, so dass Kostenersparnisse durch grosse Produktmengen weniger ins Gewicht fallen. Besonders bei der öffentlichen Information spielt schliesslich Glaubwürdigkeit die zentrale Rolle. Grossmächte besitzen nicht per se mehr Glaubwürdigkeit als andere Staaten. Vielmehr werden sie aufgrund ihrer politischen Exponiertheit und ihrer Parteinahme in Konflikten gerade in ihrer Informationspolitik häufig mit Misstrauen behandelt. Hier eröffnen sich für kleinere Staaten, aber auch für internationale Agenturen und unabhängige NGOs neue Möglichkeiten, Einfluss auf die internationale Politik zu nehmen.

Ein weiterer wichtiger Bereich für den Aufbau von *soft power* ist der internationale Austausch im Bereich der Aus- und Weiterbildung. Die Möglichkeit, Ausländer im eigenen Land aus- oder weiterzubilden, fördert das Verständnis für die eigene Kultur und die eigenen politischen Positionen und schafft darüber hinaus

²⁴ St. Bollmann (Hg.). Kursbuch Neue Medien. Vorwort. Mannheim 1995, S. 9-13. F. Rötzer. Interaktion – das Ende herkömmlicher Massenmedien. In: St. Bollmann (Hg.). Kursbuch Neue Medien. Mannheim 1995, S. 57-79.

häufig persönliche Bande. Wenn es sich dabei um (gegenwärtige oder zukünftige) Entscheidungsträger handelt, eröffnet dies persönliche Beziehungen und damit direkte Informations- und Kommunikationskanäle zu Entscheidungszentren in anderen Staaten. Auch hier übt das amerikanische Bildungssystem mit seinen 450'000 ausländischen Gaststudenten pro Jahr eine grosse Anziehungskraft aus.²⁵ Durch die Pflege dieses Instrumentes und dessen gezielten Ausbau in speziellen, für die Aussenpolitik relevanten Bereichen können jedoch auch andere Staaten ihren politischen Einfluss vergrössern.

Schliesslich ist ganz allgemein die Teilnahme an und die Pflege von internationalen Netzwerken eine Möglichkeit zum Aufbau von *soft power*, denn internationale Glaubwürdigkeit wird heute oftmals durch Beziehungen gleichgesinnter Organisationen und angesehener Einzelpersonen geschaffen. Ein Beispiel dafür ist die internationale Kampagne zur Bannung von Landminen, die von den Aktivitäten einer NGO, der International Campaign to Ban Landmines (ICBL), ausgegangen ist. Diese wurde später von Staaten wie Kanada, einzelnen amerikanischen Politikern und Berühmtheiten aus dem öffentlichen Leben wie Lady Diana unterstützt. Damit gewann die Kampagne die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit und brachte letztlich die Regierungen zur Unterzeichnung eines Abkommens. Weitere Staaten wie die Schweiz sprangen auf den Zug auf und führen bis heute den Prozess weiter.²⁶

Ein anderes Beispiel für ein solches Netzwerk ist das Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), welches in den Verhandlungen über ein Regime zur Reduzierung von klimaverändernden Emissionen eine zentrale Rolle spielt.²⁷ Dieses Gremium, zusammengestellt aus renommierten Experten verschiedener Länder, hat die Aufgabe, die wissenschaftliche Literatur über die Klimaveränderung zu evaluieren und daraus Schlüsse zu ziehen. Das Gremium ist ein Beispiel für eine Institution, die in ihrem Gebiet jene Glaubwürdigkeit herstellt, die für eine internationale Kooperation zur Lösung des Problems notwendig ist. Da Glaubwürdigkeit und selbst wissenschaftliche Wahrheit zu einem guten Teil sozial konstruiert sind, bekommen in solchen Netzwerken prozedurale Fragen eine zentrale Bedeutung. Es muss sichergestellt werden, dass die Information gemäss anerkannten professionellen Normen gewonnen wird, und dass diese transparent sind.²⁸

²⁵ J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. *Foreign Affairs* 75 (2), 1996, S. 29.

²⁶ Zum Engagement der Schweiz in diesem Bereich vergleiche in diesem Bulletin den Artikel: Marcel Gerber. Schweizerische Rüstungskontrollpolitik in einem neuen internationalen Umfeld: das innovative Engagement für ein Personenminen-Verbot als Modell für die Zukunft?

²⁷ M. Strübel. Internationale Umweltpolitik. Entwicklungen, Defizite, Aufgaben. Opladen 1992, S. 200ff.

²⁸ J. S. Nye (Jr.) und W. A. Owens. America's Information Edge. *Foreign Affairs* 75 (2), 1996, S. 93.

3. Information und Krisenbewältigung

Die Bedeutung der internationalen Kooperation im Rahmen von institutionellen Netzwerken und das Zusammenspiel verschiedener Formen von Macht wird auch in der Sicherheitspolitik deutlich. Die für die Schweiz und Europa relevanten Sicherheitsrisiken sind seit dem Ende des Kalten Krieges vielfältiger und diffuser geworden. Kriege zwischen Staaten, das traditionelle Sicherheitsrisiko, sind zur Ausnahme geworden, und die Grenzen zwischen zivilen und militärischen Risiken lösen sich zunehmend auf. Im Vordergrund steht heute die Anwendung militärischer Gewalt in innerstaatlichen Konflikten, die sich nicht mehr in erster Linie gegen den militärischen Bereich, sondern oft direkt gegen zivile Ziele richtet. Bestenfalls sind die Konfliktparteien auf der einen Seite Staaten oder Staatenkoalitionen, auf der anderen Seite aber ethnisch, national oder religiös definierte Bevölkerungsgruppen. Weitere Sicherheitsrisiken gehen vom Terrorismus, von der organisierten Kriminalität, von der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und von der Knappheit natürlicher Ressourcen aus.

Der transnationale Charakter der meisten aktuellen Risiken erfordert in der Sicherheitspolitik internationale Zusammenarbeit bei der Früherkennung, Prävention und Krisenbewältigung. Der Einsatz militärischer Mittel allein genügt dabei nicht, um die Probleme nachhaltig zu lösen. Vielmehr muss davon ausgegangen werden, dass unterschiedliche Instrumente der Macht situationsgerecht eingesetzt werden müssen und sich zum Teil ergänzen. Das effiziente Zusammenspiel der verschiedenen Instrumente ist Voraussetzung für ein effektives Krisenmanagement und basiert wesentlich auf den neuen Informationstechnologien. Die Krisenbewältigung im Bosnien-Konflikt soll der Illustration dieser Zusammenhänge dienen.

Das Zusammenspiel von hard power und soft power am Beispiel des Daytoner Friedensabkommens von 1995

Die Gespräche über einen Friedensvertrag in Bosnien-Herzegovina kamen bekanntlich erst zustande, nachdem selektive Militärschläge der NATO die serbische Seite zum Einlenken gezwungen hatten. Der Einsatz von *hard power* war also entscheidend für das Zustandekommen eines Waffenstillstandes im Feld und für die Aufnahme von Friedensgesprächen. Der Waffenstillstand stellte lediglich einen Zustand des Nicht-Krieges her, der Friedensprozess war noch nicht ange laufen.

Als der Termin für den Beginn der Verhandlungen feststand, wurden neben den eigentlichen Delegationen von den USA Hard- und Software im Wert von über

vier Millionen Dollar und ganze Teams von Informatikern und Spezialisten in geographischen Informationssystemen nach Dayton gebracht, um die Gespräche zu begleiten.²⁹ Dank ihren Aufklärungs- und geographischen Informationssystemen waren die USA in der Lage, die Konfliktparteien mit präzisen und visualisierten Informationen über die Lage im Feld (z.B. Truppenbewegungen oder Standorte militärischer Anlagen) zu beliefern. Meistens waren diese Informationen aktueller und genauer als die Daten, über welche die Delegationen der Konfliktparteien selbst verfügten.

Nebst der Glaubwürdigkeit, welche die USA dadurch als Vermittler gewannen, übte das Informationspotential selbstverständlich auch eine abschreckende Wirkung aus. Insbesondere die serbische Seite musste einsehen, dass sie im Falle weiterer militärischer Massnahmen seitens des Westens schwer getroffen würde. Gleichzeitig erlaubten moderne Computerprogramme jedes Mal, wenn territoriale Fragen und Grenzverläufe zur Sprache kamen, die diskutierten Vorschläge sofort in geographische Karten umzusetzen und die prozentualen Gebietsanteile zu berechnen. Die Verhandlungen über den heikelsten aller Streitpunkte konnten so schnell und effizient vorangetrieben werden.³⁰ Positive Anreize in der Form von Versprechen von Wirtschaftshilfe seitens der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau erleichterten die Kompromissfindung.

Der Einsatz von *soft power* setzte sich bei der Umsetzung des Abkommens fort. Einerseits verlangte die militärische Entflechtung und teilweise Entwaffnung der Konfliktparteien nach internationaler Kontrolle, um glaubwürdig zu sein. Andererseits waren die Abhaltung von Wahlen und der Aufbau rechtsstaatlicher Institutionen, die Aburteilung von Kriegsverbrechern und die Rückkehr der Flüchtlinge in ihre Heimat entscheidende Elemente der Friedenskonsolidierung, die ohne auswärtige Hilfe aussichtslos gewesen wären.³¹ In all diesen Bereichen konnten durch den Einsatz von modernen Informations- und Kommunikationstechnologien grosse Effizienzgewinne erzielt werden. Dies gilt für die Überwachung und Verifizierung der militärischen Bestimmungen, die über computerisierte luft- und satelliten-gestützte Aufklärungssysteme erfolgte. Dies gilt auch für die zivilen Seiten des Abkommens. Der (Wieder-)Aufbau funktionierender demokratischer und rechtsstaatlicher Institutionen sowie einer Zivilgesellschaft in ehemaligen Kriegsge-

29 M. S. Studemeister. The Impact of Information and Communication Technologies on International Conflict Management. Bulletin of the American Society for Information Science 24, 1998, S. 25.

30 Siehe dazu die folgende Internet-Seite der US-Armee, auf der auch die in Dayton eingesetzten geographischen Informationssysteme aufgeführt sind: <http://www.wood.army.mil/TVC/COE/bosnia.htm>.

31 Dayton Peace Agreement on Bosnia-Herzegovina. 1995. Der Text des Abkommens ist auf dem Internet erhältlich unter <http://www.state.gov/www/regions/eur/bosnia/bosagree.html>.

bieten impliziert die Einrichtung von Wahlregistern und Dokumentationszentren sowie die Etablierung unabhängiger Medien und neuer sozialer Netzwerke. Neben dem Aufbau der technischen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur sind damit – etwa bei der Medienberichterstattung – auch inhaltliche Aspekte von Information angesprochen.

Im Falle der Umsetzung des Dayton-Abkommens ist die Unterstützung seitens der OSZE sowie besonders der europäischen Staaten beim Wiederaufbau einer zivilen Gesellschaft von zentraler Bedeutung für den Erfolg der Friedensregelung. Dabei ist eine Arbeitsteilung zwischen europäischen Staaten einerseits und den USA andererseits beim Einsatz der verschiedenen Machtinstrumente zu beobachten. Die Europäer konnten in Bosnien ihre komparativen Vorteile im Bereich der *soft power* einbringen, während die Amerikaner die Führung beim Einsatz von *hard power* übernahmen.

4. Sicherheit durch Kooperation: *network power* als Partizipationschance für Kleinstaaten

Soft power in der eben beschriebenen Fassung bezieht ihre Wirkung aus dem Umstand, dass die vertretenen Werte und Ziele eine breite internationale Abstützung besitzen und dadurch eine positive Ausstrahlungskraft haben und einen politischen Druck ausüben. Ähnliches gilt übrigens auch für die unterstützende *hard power*, die heute selbst von Grossmächten kaum mehr ohne eine internationale politische Abstützung und Legitimation eingesetzt werden kann. Erfolgreiche Kriseninterventionen kommen mit dem einseitigen Einsatz harter oder weicher Machtinstrumente durch einzelne Staaten offenbar nicht mehr aus. Wie das Beispiel Bosnien-Herzegovina gezeigt hat, ist vielmehr deren kombinierter Einsatz im Rahmen von möglichst breiten Koalitionen unter Hinzuziehung nicht-staatlicher Akteure gefragt. Macht entsteht heute also über das Zusammenwirken der verschiedenen Machtinstrumente in internationalen Netzwerken.

Diese neue Form von Macht bezeichnen wir als *network power*. Der Begriff ist umfassender als die blosser Addition von *hard power* und *soft power* und bezeichnet klarer, worauf es in Zukunft ankommt: Der Kern der veränderten Bedingungen für politische Macht in der globalen Informationsgesellschaft ist die internationale Kooperation. Wo Akteure bereit sind, untereinander funktionierende Kommunikationsnetzwerke zu etablieren und ihre Ressourcen im Bereich von *soft* und *hard power* zur Erreichung gemeinsamer Ziele zusammenzulegen, entsteht ein neues Machtzentrum.

Dieser Bedeutungszuwachs der Kooperation ist bedingt durch die beschleunigenden Auswirkungen der Informationsrevolution. Durch die Möglichkeit raum- und zeitunabhängiger Kommunikation und durch die immer weitergehende Transparenz und Verbreitung von Nachrichten rund um den Globus wirkt sich kooperatives Verhalten wesentlich schneller und nachhaltiger aus als früher, während sich umgekehrt die negativen Folgen von nicht-kooperativem Verhalten in der internationalen Politik ebenfalls schneller zeigen. Diese Beschleunigung des Informationsaustauschs und der Kommunikationsmöglichkeiten erhöht die Lern- und Anpassungsfähigkeit der Akteure.³²

In den letzten Jahren ist eine Akzentverschiebung hin zu institutionalisierten Formen der internationalen Kooperation festzustellen.³³ Nie gab es in der Geschichte vergleichbare Formen politischer Strukturen wie im Westen die heutigen internationalen Organisationen. Sie bilden die institutionelle Voraussetzung für schnelle (formelle wie informelle) Kommunikation und eine immer dichtere Vernetzung unterschiedlicher politischer Funktionen. Die grössere Mobilität einerseits und die massiv beschleunigte und verbilligte elektronische Kommunikation andererseits bilden die technischen Grundlagen für Kooperationsformen im globalen Ausmass. Internationale Organisationen verkörpern deren politische Umsetzung im zwischenstaatlichen Bereich und sind damit der Angelpunkt von *network power* in der internationalen Politik.

Diese Entwicklung hat insbesondere für die Ausgestaltung der europäischen Sicherheitspolitik eine grosse Bedeutung. Einerseits weist Europa ein dichteres Netzwerk an Sicherheitsinstitutionen auf als jede andere Region der Erde. Andererseits liegt die Stärke der Europäer im Gegensatz zu den USA nicht im Bereich der *hard power*. Die politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Instrumente im Bereich der *soft power* sind in hohem Masse auf Kommunikation und Information ausgerichtet und weisen einen hohen Bedarf an Glaubwürdigkeit auf. Mittlere und kleine Staaten stehen in diesem Bereich einer Supermacht nicht unbedingt nach. *Network power*, das heisst im sicherheitspolitischen Bereich die Teilnahme an kooperativen Institutionen und Massnahmen der internationalen Friedenssicherung, eröffnet Kleinstaaten die Möglichkeit, gleichberechtigt an der Gestaltung ihres sicherheitspolitischen Umfeldes zu partizipieren. Dieses Mitwirken ist auch als Ausdruck der eigenen Interessenpolitik und nicht nur als Ausdruck der Solidarität mit dem Ausland gefordert.

³² R. Axelrod. Die Evolution der Kooperation. München, Wien 1995, S. 153ff.

³³ H. Haftendorn und O. Keck. Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung: Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen. Baden-Baden 1997.

Insgesamt wird durch die Informationsrevolution und Globalisierung die einzelstaatliche Souveränität im Bereich der Aussen- und Sicherheitspolitik weiter eingeschränkt. Internationale Organisationen und NGOs bekommen durch die neuen Informations- und Kommunikationsmedien grössere Spielräume, um sich zu betätigen und Einfluss zu gewinnen. Staaten können sich im Informationszeitalter nur um den Preis der wirtschaftlichen Isolation und Stagnation gegen diesen Prozess abschotten. Territorialstaaten werden bis auf weiteres die internationale Politik strukturieren, aber ihre Macht wird weniger auf materiellen Ressourcen basieren, sondern mehr auf der Fähigkeit, im Rahmen von Koalitionen mit anderen Staaten und unter Umständen auch mit NGOs gegenüber der Weltöffentlichkeit glaubwürdig zu bleiben. Auch wenn die Kohärenz ihrer Regierungspolitik nachlassen mag, sind demokratische Staaten gegenüber anderen Staatsformen hier im Vorteil, weil ihre Institutionen transparent und dadurch nach aussen attraktiv sind. Die internationale Kooperation und die Teilung der staatlichen Souveränität mit gleichgesinnten Partnern ist dabei die Voraussetzung zur Partizipation an *network power* und damit der Schlüssel zur Erhaltung der staatlichen Handlungsfähigkeit in einer informationstechnisch entgrenzten und wirtschaftlich globalisierten Welt.

5. Einige Folgerungen für die Schweiz

Aufgrund ihrer demokratischen Traditionen, der sehr guten Infrastruktur im Informations- und Kommunikationsbereich und des überdurchschnittlichen Ausbildungsstands der Bevölkerung besitzt die Schweiz gute Startbedingungen zur Selbstbehauptung in der globalen Informationsgesellschaft³⁴. Will die Schweiz diese Vorteile nutzen, so muss die Politik in diesem Lande den strategischen Wandel durch das Aufkommen der Informationsgesellschaft begreifen und daraus Schlussfolgerungen für eine Neuausrichtung der aussen- und sicherheitspolitischen Strategie ziehen. Die Debatte um eine neue Sicherheitspolitik gelangt im Rahmen dieses Heftes an anderer Stelle zur Darstellung.³⁵ Im Folgenden soll auf Schlüsselfragen hingewiesen werden, die unter dem Gesichtspunkt der Machtverschiebungen in der globalen Informationsgesellschaft der weitergehenden Diskussion bedürfen.

³⁴ K. R. Spillmann, A. Wenger, S. Libiszewski und P. Schedler. Die Rückwirkungen der Informationsrevolution auf die schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik. Syntheseberichte des NFP 42, Bern 1999.

³⁵ Vergleiche dazu in diesem Bulletin den Artikel von K. R. Spillmann, A. Wenger, J. A. Fanzun und P. Lehmann. Der Bericht Brunner: Impulse und Reaktionen.

Soft power: Die Frage des gezielten Aufbaus von Glaubwürdigkeit

Durch den Wandel des strategischen Umfeldes nach Ende des Kalten Krieges entstehen für den entwickelten Kleinstaat, dessen Möglichkeiten beim Einsatz von *hard power* naturgemäss beschränkt sind, neue Partizipationschancen im Bereich der kooperativen Friedenssicherung. Will die Schweiz diese Chancen im Sinne einer nach aussen aktiven Interessenpolitik optimal nutzen, dann ist eine Strategie des gezielten Aufbaus von *soft power* gefragt. Als Bausteine für eine solche Strategie bieten sich einige Initiativen an, die staatlich, privat oder gemischt getragen werden.

Im Bereich der sicherheitspolitischen Aus- und Weiterbildung kann das 1995 gegründete Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GZS)³⁶ als Ausgangspunkt für ein breites internationales Netzwerk von sicherheitspolitischen Experten dienen. Das GZS fungiert als internationale Ausbildungsstätte für Diplomaten, Offiziere und Beamte aus Aussen- und Verteidigungsministerien. Auch im Bereich der Filterung und Vermittlung von elektronischen Informationen hat die Schweiz die Chance ergriffen, noch unbesetzte Nischen zu besetzen. Das von der Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse betriebene International Relations and Security Network (ISN)³⁷ stellt das international führende Internet-Portal für den Zugang zu Informationen im Fachgebiet der internationalen Beziehungen und Sicherheitspolitik dar. Mit dem im letzten Jahr gegründeten Geneva Center for Humanitarian Demining (GICHD)³⁸ stellt die Schweiz eine Plattform für internationale Kooperation im Bereich der humanitären Minenräumung zur Verfügung. Nicht besonders aufzuführen ist das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)³⁹, das zwar als private Institution, jedoch mit Sitz in der Schweiz und starker Unterstützung des Bundes seit Jahrzehnten im Bereich des humanitären Kriegsvölkerrechtes tätig ist.

Solche Initiativen gewinnen unter den Bedingungen der Informationsgesellschaft an Bedeutung und sollten daher gezielt gefördert und ergänzt werden. Ebenso wichtig ist allerdings, dass die Schweiz dieses Potential an *soft power* im Rahmen einer gezielten Strategie international koordiniert als *network power* zum Einsatz bringen kann. Dies setzt auf der Seite der Diplomatie die Befähigung zur permanenten Koordination der schweizerischen Stabilisierungsbeiträge voraus.

36 <http://www.gcsp.ethz.ch>

37 <http://www.isn.ethz.ch>

38 <http://www.isn.ethz.ch/gichd/>

39 <http://www.icrc.org>

Hard power: die Frage eines militärischen Beitrages der Schweiz an internationalen Friedensmissionen

Mit Blick auf das Zusammenspiel von *soft* und *hard power* im Rahmen der internationalen Krisenbewältigung und aus Anlass der Armeereform gilt es über die genannten Massnahmen hinaus festzulegen, welchen Beitrag die Schweiz im Bereich der militärischen Friedenssicherung (*peace-keeping; peace-enforcement; humanitarian intervention*) zu leisten gewillt ist. Im Rahmen der vom Bundesrat beschlossenen schweizerischen Teilnahme am Planungs- und Überprüfungsverfahren der Partnerschaft für den Frieden (PARP) ist die Schweiz explizit gefordert, Bereiche der Interoperabilität im Rahmen einer transatlantischen oder europäischen Koalition zu bestimmen.⁴⁰

Network power: Die Frage der Mitgliedschaft in internationalen Organisationen

In letzter Konsequenz verlangen die beschriebenen Verschiebungen der Machtfaktoren in der internationalen Politik infolge von Informationsrevolution und Globalisierung nach einer Überprüfung der schweizerischen Haltung bezüglich der Frage der Mitgliedschaft in internationalen sicherheitspolitischen Organisationen. Die Schweiz ist ein ökonomisch, gesellschaftlich und kulturell stark mit dem Ausland verflochtenes Land und besitzt daher gute Voraussetzungen für *network power*. Sie verfügt auch über eine durchschnittliche Zahl von Mitgliedschaften in internationalen Organisationen – mit Ausnahme jedoch der sicherheitspolitisch bestimmenden Institutionen UNO, NATO und EU. Wenn auch über die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden gewisse – durchaus noch nicht voll ausgeschöpfte – Möglichkeiten der Mitwirkung neu erschlossen wurden, bleibt die Schweiz im sicherheitspolitischen Bereich von den entscheidenden Netzwerken der Macht ausgeschlossen. Die volle Entfaltung von *network power* wird ohne ein Überdenken dieser Position nicht möglich sein.

Sowohl die Frage einer Beteiligung an militärischen Friedensmissionen als auch diejenige einer Integration in die relevanten sicherheitspolitischen Institutionen sollten unter dem Aspekt der Veränderungen von Macht in der globalen Informationsgesellschaft grundsätzlich diskutiert werden. In beiden Bereichen würde eine vollkommene Abstinenz langfristig die Glaubwürdigkeit der weichen Instrumente schweizerischer Macht in Frage stellen.

⁴⁰ Zu den Hintergründen des PARP siehe M. Dahinden, Ausbaufähige Kooperation Schweiz – NATO. Die Weiterentwicklung der Partnerschaft für den Frieden. Neue Zürcher Zeitung, 1.10.1998.

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik, Zürich 1999.

Bulletin 1999
zur schweizerischen Sicherheitspolitik

edited by
Kurt R. Spillmann and Andreas Wenger

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

